



Offensive türkise Geister:
Letzte Woche war Gaby Schwarz, gestern Andreas Hanger im Einsatz.



➤ Kanzlerpartei gegen Teile der Justiz ➤ „Politisch motivierte Ermittlungen“

Nervosität und neue Attacken

Die ÖVP hat einmal mehr Ermittler der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ins Visier genommen. Gestern rückte Ibiza-Fraktionsführer Andreas Hanger aus und sprach von „linken Zellen in der WKStA“. Gestern gab es auch wieder einmal eine Hausdurchsuchung. Türkis rechnet mit weiteren.

Wenn frühmorgens die Polizei vor der Tür steht, dann riecht es verdächtig nach Hausdurchsuchung. In jüngerer Vergangenheit häuften sich diese Besuche und Konfiskationen von Datenträgern von Politikern und anderen Wichtigen. In erster

Linie mit türkiser Nähe. Gestern die nächste Hausdurchsuchung. Bei der Ex-Assistentin von Ex-ÖBAG-Vorstand Thomas Schmid. Sie übergab ihren Laptop. Bemerkenswert: Zeitnah zum Bekanntwerden der Durchsuchung gab ÖVP-

Mandatar Andreas Hanger eine Pressekonferenz, in der er von „Linken Zellen in der WKStA“ sprach. Und von „politisch motivierten Ermittlungen“. Es waren die bekannten Ausritte gegen die Korruptionsermittler, die seit Monaten intensiv im Casinos-Ibiza-Komplex wühlen.

Die Nervosität in der Kanzlerpartei steigt offenbar. Letzte Woche rückte die stellvertretende Generalsekretärin Gaby Schwarz aus.

Es war ein bizarrer Auftritt. Medienleute würden bei der ÖVP anrufen und fragen, ob noch alle ihre Handys haben. Auch Andreas Hanger, der offensive türkise Fraktionsführer im abgelaufenen Ibiza-Ausschuss, sagte gestern, er rechne mit weiteren Hausdurchsuchungen.

Aus grünen Justiz-Kreisen heißt es gegenüber der „Krone“ zu den Vorwürfen: „Das war ein skurriler Auftritt ohne jeglichen Neuigkeitswert.“ Erich Vogl

EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Der Nobelpreis für Physik geht an drei Wissenschaftler, die sich der Erforschung komplexer Systeme widmen. Ob da auch die gerade zwischen Türkis und Grün verhandelte Steuerreform dabei ist?



Siebeneinhalb Jahre Haft für Bürgermeister

ÖVP-Ortschef tritt zurück

Jürgen Höckner, jener ÖVP-Bürgermeister, der trotz laufenden Vergewaltigungsverfahren bei den Gemeinderatswahlen vorige Woche als Ortschef wiedergewählt wurde, gab gestern seinen Rücktritt bekannt. Er wurde am Montag zu siebeneinhalb Jahren Haft verurteilt. Höckner soll eine ehemalige

Mitarbeiterin sexuell belästigt, mehrmals vergewaltigt und verleumdet haben. Bei einer erstinstanzlichen Verurteilung sei klar, dass „die Weiterführung einer politischen Funktion wie eines Bürgermeisteramtes ausgeschlossen ist“, sagte Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer (ÖVP).

Unser Geldbörsel und das Vertrauen

Sieben von zehn „Krone“-Lesern fanden zuletzt, dass die Politik mit der ökosozialen Steuerreform Versprechen nicht gehalten hat. Peter Filzmaier erklärt das Misstrauen.

Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Werner Kogler verkündeten am Sonntag, „die größte Steuerreform aller Zeiten“ würde für uns alle „mehr im Börsel“ bedeuten. Wir sind da als gelernte Österreicher bei solchen Versprechungen der Politik skeptisch. Die grüne Klubchefin Sigrid Maurer je-

doch wuch abends im ORF Kritikpunkten mit dem fragwürdigen Argument aus, die Zuseher – also wir – wären außerstande, der Diskussion zu folgen.

1 Das war eine Frechheit. Niemand von uns lässt sich als zu dumm für etwas bezeichnen. Nur in einem Punkt hatte Maurer

In einer Woche legt der Finanzminister sein Budget für 2022 vor

Asyl: Bundesländer bekommen mehr Geld für Grundversorgung

Wie wird das Budget für das Jahr 2022 aussehen? Dieses Geheimnis lüftet Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) heute in einer Woche bei seiner Budgetrede. Schon jetzt sickern Details durch. Die steigende Zahl an Asylanträgen schlägt sich auch budgetär nieder. So sollen die Bundesländer laut Budgetplänen 22 Millionen Euro mehr für die Grundversorgung von Asylwerbern bekommen.

So wenige Asylwerber wie nötig aufnehmen, so viele wie möglich abschieben – das ist das Motto der ÖVP. Im Budget, der in Zahlen gegossenen Politik, spiegelt sich das nicht ganz wider: Laut einem der „Krone“-vorliegenden Papier zum Budget für Fremdenwesen ist geplant, dass nächstes Jahr 22 Millionen Euro mehr an die Bundesländer für die Grundversorgung von Asylwerbern fließen.

Außerdem ist budgetiert, dass die EU-Grenzschutzagentur Frontex, die die Rückführung von abgelehnten Asylwerbern abwickelt, Österreich 5 Millionen Euro weniger für Abschiebungen refundiert. Sollte Österreich letztlich höhere Kosten für

Abschiebungen haben, wird mehr Geld rückerstattet.

Unterm Strich bedeutet das, dass die Ausgaben für Asylwerber gegenüber bisherigen Budgetplänen nach oben korrigiert werden. Offenbar rechnet die türkis-grüne Regierung damit, dass

auch im nächsten Jahr die Zahl der Asylanträge steigt und weniger Rückführungen durchgeführt werden können. Wohl nicht zuletzt aufgrund weltweiter Krisenherde – Stichwort Afghanistan.

Auf „Krone“-Anfrage heißt es aus dem Innenministerium, dass es „zu jeder Zeit genug Geld für Abschiebungen geben“ werde. Auch im nächsten Jahr sei geplant, „so viele Migranten ohne Bleiberecht wie möglich in ihr Herkunftsland zurück zu bringen“. Sandra Schieder



Foto: www.picturedesk.com



Foto: SEPA-Media | Martin Juen



Foto: Thomas Topf

Finanzminister Gernot Blümel (oben) legt heute in einer Woche dem Parlament sein Budget für nächstes Jahr vor. Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) darf sich über mehr Mittel für Fremdenwesen freuen.



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

ungewollt recht: Es ist für Otto Normalverbraucher unmöglich, sich auszurechnen, was die Steuerreform insgesamt und persönlich bringt. Dafür braucht man fast ein Mathematik- oder Wirtschaftsstudium und ein Computerprogramm.

2 Bereits um die wieder einmal größte Reform der Geschichte mit früheren Steuerreformen zu vergleichen, darf man nicht – wie Kurz und Kogler es als typische Halbwahrheit machen – den jetzigen Gesamtumfang mit Summen von früher vergleichen. Denn das Geld und seine Kaufkraft waren vor vielen Jahren mehr wert als heute. Wer seriös rechnet, müsste bei sämtlichen Vergleichssummen aus der Vergangenheit die jährlichen Inflationsraten hinzurechnen. Das schafft auf die Schnelle und im Kopf keinen.

3 Noch schwieriger ist die Überprüfung, was nun mehr oder weniger im Börs bleibt. Denn all die Ottos oder Fritzis und Franzis als

Fantasiennamen, die von der Politik und auch in Medien als Musterbeispiel vorgezeichnet werden, stimmen nie 1:1 für meine private Einkommens- und Ausgabensituation. Hier müsste jeder von uns für jedes Jahr seine Autokilometer, Heizkosten, Bonusgelder, Steuertarifstufen, Krankenversicherungseuros und so weiter und so fort punktgenau wissen.

4 Wer weiß das schon? Und selbst wenn, so reicht Kopfrechnen nicht, um die Summe im Börs exakt zu berechnen. Was die Politik freut. Weil dadurch sind wir auf Ankündigungen in Überschriftenform angewiesen. Nur werden Politiker jene Geister nicht los, die sie riefen: Wenn

uns Durchschnittsbürgern sowohl das finanzwissenschaftliche Wissen als auch die Zeit fehlen, um politische Geldversprechen auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen, vertrauen wir ihren „Börsversprechen“?

5 Eher nein. Ganz egal, ob etwas Grundfalsches oder sehr Richtiges gemacht wird. Denn die Vertrauenswerte der Politik sind unabhängig von den Parteifarben in der Regierung schlecht bis grotteschlecht. Laut APA/OGM-Vertrauensindex für Institutionen vom Juli 2021 misstrauen viel mehr Österreicher den Regierenden als ihnen vertrauen. Daher ist es logisch, dass „Mehr im Börs!“ nicht einfach geglaubt wird.